



14. Juli 2005

Gentechnik/Naturschutz

Verbände fordern Verbot von Genpflanzen-Anbau in Schutzgebieten

Gemeinsame Elf-Punkte-Erklärung verabschiedet

Berlin – Nach Ansicht der Naturschutz- und Landwirtschaftsverbände AbL, BUND, BÖLW, EUROPARC Deutschland, GeN, Greenpeace und NABU müssen ökologisch sensible Gebiete wie Biosphärenreservate, National- und Naturparke sowie Naturschutzgebiete dauerhaft vor dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen geschützt werden. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Verbände die Bundesregierung auf, eindeutige Regelungen zum Schutz der biologischen Vielfalt festzulegen und sich EU-weit für entsprechende Maßnahmen einzusetzen.

Elf Punkte konkretisieren die Forderungen der Verbände: Schutzgebiete sollen dauerhaft und übergreifend in Europa als Rückzugsreservate ohne Gentechnik bleiben. Solange es dafür keine EU-weiten Regelungen gibt, muss auf nationaler Ebene der Anbau von Genpflanzen in Nationalparks, Biosphärenreservaten, Natura-2000-Gebieten und Naturschutzgebieten verhindert werden. Bei einem etwaigen Gen-Anbau in Schutzgebieten müssen Behörden und Verbände diesen begleiten und beobachten. Dies sollte im Landesrecht gewährleistet werden.

Aus Sicht der Verbände müssen die Risiken des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen und ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und den Naturhaushalt stärker in die gesellschaftliche Diskussion rücken. Weder die biologische Vielfalt insgesamt noch ökologisch sensible Gebiete genießen nach derzeitiger nationaler und europäischer Rechtslage einen ausreichenden Schutz, heißt es in der Resolution. Die EU-Kommission wolle Zulassungen auch für den kommerziellen Anbau in solchen Gebieten erteilen, obwohl noch viele Sicherheitsfragen offen seien. Darüber hinaus seien die praktischen Bedingungen für den Anbau und das Nebeneinander von Genpflanzen und gentechnikfreier Landwirtschaft noch in keinem Mitgliedstaat der EU befriedigend geregelt.

Die Verbände fordern abschließend, die Überwachung der Agro-Gentechnik nicht allein den Betreibern zu überlassen. Dieses so genannte Monitoring müsse vielmehr in einer unabhängigen, staatlichen Behörde geregelt und nach dem Verursacherprinzip von den Betreibern des Genpflanzen-Anbaus finanziert werden.

Die Vilmer Resolution ist im Internet zu finden unter www.NABU.de

Für Rückfragen: Dr. Steffi Ober, NABU-Gentechnikexpertin, Tel. 030-284984-25, Christof Potthof, Gen-ethisches Netzwerk (GeN), Tel. 030-6858030, Dr. Eberhard Henne, EUROPARC Deutschland, Tel. 03331-365432, Henning Strodthoff, Greenpeace, Tel. 0171-8780822